

Gerhard Beestermöller/ Michael Haspel/ Uwe Trittman (Hrsg.), »What we're fighting for...« – Friedensethik in der transatlantischen Debatte, Stuttgart, (Kohlhammer), 2006.

Herrschte während des Kalten Krieges noch eine transatlantische Einigkeit über die Frage »What we're fighting for...«, so sind Europa und Amerika heute, in Zeiten des Anti-Terror-Krieges von einer gemeinsamen Überzeugung weiter entfernt denn je. Die unterschiedlichen Standpunkte offenbarten sich spätestens im Februar 2002, als eine Gruppe amerikanischer Intellektueller in einem Manifest den amerikanischen Anti-Terror-Krieg rechtfertigte und dieses Manifest in Europa, insbesondere in Deutschland auf offene Ablehnung stieß. Diese neue Situation im deutsch-amerikanischen Verhältnis veranlasste die Evangelische Akademie in Iserlohn im Oktober 2004 dazu, Friedensethiker diesseits und jenseits des Atlantiks zusammenzuführen, um mit ihnen über das Thema »Gerechter Krieg – Gerechter Frieden« zu diskutieren. Ergebnis dieses Dialoges ist dieser Band. Zwei der Beiträge sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Für *Michael Haspel* ist die Frage, die diskutiert werden muss, nicht, ob die Lehre vom gerechten Krieg überhaupt nützlich ist, sondern vielmehr, wie diese Lehre aussehen soll und welches Gerechtigkeitskonzept in ihr Anwendung finden sollte. Dafür untersucht er in seinem Beitrag: »Menschenrechte, internationale Verteilungsge-

rechtigkeit und institutionalisierte Konfliktregelung« wie verschiedene Probleme der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen miteinander in Beziehung stehen und welchen Einfluss sie auf Kriterien der Anwendung militärischer Gewalt aus humanitären Gründen haben. Im ersten Abschnitt geht Haspel auf verschiedene Konzepte der Menschenrechte ein, da Menschenrechtsverletzungen ein häufiger Rechtfertigungsgrund für militärische Interventionen sind. Er verurteilt die Klassifizierung der Menschenrechte in bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie kollektive Menschenrechte, da dies unweigerlich dazu führe, dass politisch-bürgerliche Rechte den wirtschaftlichen und sozialen Rechten gegenüber als schützenswerter bezeichnet werden und entsprechend mehr Aufwand betrieben wird, die politisch-bürgerlichen Rechte zu schützen, während wirtschaftlich-soziale Menschenrechte täglich ohne Konsequenzen und in großem Maße verletzt werden, etwa dadurch, dass jeden Tag über 50.000 Menschen an Hunger und Armut sterben.

Als Basis für Kriterien eines gerechten Krieges schlägt Haspel das Konzept »der grundlegenden Rechte« von Henry Shue vor. Dieses besagt, dass es eine Gruppe von Rechten aus den unterschiedlichen Dimensionen der Menschenrechte gibt, deren Gewährung die Voraussetzung dafür ist, dass alle anderen Menschenrechte überhaupt in Anspruch genommen werden. Zu diesen grundlegenden Rechten

gehören Subsistenz (sauberes Wasser, adäquate Nahrung, Kleidung und Behausung und minimale öffentliche Gesundheitsvorsorge), Sicherheit und Freiheit. Für die Rechtfertigung militärischer Einsätze hat das folgende Bedeutung: Wenn die internationale Gemeinschaft die tägliche Verletzung der Subsistenzrechte von Hunderttausenden Menschen hinnimmt, ohne die Notwendigkeit eines Eingriffes zu sehen, dann ist im Rahmen des Gerechtigkeitskonzepts die Notwendigkeit eines militärischen Angriffs bei Verletzung etwa der Freiheitsrechte erst bei schwersten Menschenrechtsverletzungen gegeben. Es gibt also die moralische Pflicht, die Entstehung von gewaltsamen Konflikten durch Präventionsmaßnahmen (die in der Regel einen deutlich geringeren Aufwand erfordern) zu verhindern. Sollte Prävention nicht möglich sein, dann wäre für Haspel im Einzelfall auch ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt, die Schwelle für einen Eingriff ist allerdings sehr hoch anzulegen.

Im zweiten Abschnitt widmet Haspel sich dem Aspekt der internationalen Gerechtigkeit. Auch hierbei betont er, dass er militärische Eingriffe nicht per se verurteilt, sondern dass die Theorie des gerechten Krieges nur grundsätzlich nicht ohne eine umfassende Theorie internationaler Gerechtigkeit Gültigkeit haben kann. In Bezug auf internationale Gerechtigkeit vertritt Haspel die Ansicht, dass die Prinzipien der Gerechtigkeit nicht national begrenzt sind, sondern eine

trans- und internationale Geltung haben. Zudem geht er davon aus, dass die Nationalstaaten in den internationalen Beziehungen nicht souveräne Hauptakteure sind. Alle Akteure tragen die Verantwortung dafür, dass in jedem Land die grundlegenden Gerechtigkeitsprinzipien eingehalten werden. In diesem Zusammenhang kritisiert Haspel vor allem die Unverhältnismäßigkeit der Ausgaben für militärische Rüstung im Vergleich zu dem begrenzten Aufwand, der von den westlichen Staaten betrieben wird, um die extreme Armut auch nur minimal zu verringern. Bei der Aufstellung von Kriterien für einen gerechten Krieg muss daher beachtet werden, wann die normativ vertretbaren Grenzen militärischer Rüstung überschritten sind.

Der dritte Abschnitt befasst sich mit der Notwendigkeit von Institutionen des Rechts für das System der Gerechtigkeit, welches nach Ansicht von Haspel auf die Herstellung eines Rechtsverhältnisses angewiesen ist. Obwohl ihm die Unvollkommenheit der bestehenden Institutionen des internationalen Rechts durchaus bewusst ist, verweist er darauf, dass zwischenstaatliche Rechtsverhältnisse Voraussetzungen dafür sind, dass zum einen militärische Gewalt vermieden wird und zum anderen Menschenrechte geschützt werden.

Der Beitrag verdeutlicht, dass die Definition des Gerechtigkeitsbegriffes eine Voraussetzung für die Formulierung von Kriterien für militärische Eingriffe ist. Militärische Ge-

walt kann häufig nicht zur Konfliktlösung beitragen, was dazu führen muss, dass sich die internationale Gemeinschaft verstärkt für die Verwirklichung von Gerechtigkeit durch zivile Maßnahmen einsetzt.

David Little, ehemaliger Mitarbeiter des United States Institute of Peace, befasst sich in seinem Beitrag »Just War and Just Peace: The Role of Human Rights in Preventing Violent Conflict and Sustaining Peace« ebenfalls mit zivilen Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung. Allerdings legt er seinen Schwerpunkt auf die *jus post bellum*, die Post-Konflikt-Gerechtigkeit, die seiner Meinung nach einen höheren Stellenwert in der Lehre des gerechten Krieges bekommen sollte. In diesem Zusammenhang weist er auf die zwei Aspekte von Friedensarbeit hin: *Peacemaking* (Verabschiedung eines Friedensabkommens zwischen den Konfliktparteien) und *Peacebuilding* (Friedensimplementierung durch die Schaffung von Institutionen, die gesellschaftliche Harmonie und bürgerliche Einheit gegenüber Feindschaft und Gewalt stärken). Für beide Aspekte, insbesondere aber für den Peacebuilding-Prozess seien die Menschenrechte ein wichtiger Bestandteil. Er nähert sich dem Thema Menschenrechte und gerechter Frieden auf zweierlei Weise. Erstens kommentiert er die Kontroverse darüber, ob Menschenrechtsverletzungen eine Ursache für Konflikte sind. Zweitens zeigt er mithilfe ausgewählter Literatur, wie die Förderung von Menschenrechten dazu beitragen kann, gewaltsame Konflikte zu verhindern. Little hebt hervor, dass neben ökonomischen Interessen auch kulturelle, religiöse und ethnische Miss-

stände wichtige Konfliktursachen sind.

Der zweite Punkt, also die Frage, ob die Förderung von Menschenrechten dazu beitragen kann, gewaltsame Konflikte zu verhindern, wird ausführlicher behandelt. Little kommt zu dem Schluss, dass die Stärkung von Minderheitenrechten durch die Garantie der Menschenrechte ein wichtiger Aspekt in der Friedensarbeit ist. Die rechtliche Beziehung zwischen den Individuen und den Gruppen und die Rolle der Zivilgesellschaft in heterogenen Gesellschaften sind für die Friedensbildung sehr wichtig.

Der Band gibt einen interessanten Überblick über das Problemfeld, da die verschiedenen Beiträge sowohl theoretische als auch praxisbezogene Schwerpunkte aufweisen und die Autoren sowohl den amerikanischen als auch den deutschen Hintergrund beleuchten.

Svenja Groth

Johannes Varwick/Andreas Zimmermann (Hrsg.), Die Reform der Vereinten Nationen – Bilanz und Perspektiven, Berlin (Duncker & Humblot) 2006.

Vor dem Hintergrund des UN-Jubiläumsjahres und des Weltgipfels im September 2005 bietet der Sammelband »Die Reform der Vereinten Nationen – Bilanz und Perspektiven«, herausgegeben von Johannes Varwick und Andreas Zimmermann, einen umfassenden Einblick in die Reformbemühungen der Vereinten Nationen (UN). Der Band entstand im Anschluss an eine Expertenkonferenz Ende September 2005 unter

demselben Namen, organisiert vom Institut für Politische Wissenschaft und dem Walther-Schücking-Institut in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Nach einer Einleitung aus politikwissenschaftlicher Perspektive von Johannes Varwick widmet sich Teil II des Bandes den zentralen Organisationsfragen der UN. Eine prägnante Bestandsaufnahme der Probleme rund um die »Doppelkrise« des UN-Sekretariats aus der Sicht eines (politischen) Beraters liefert etwa Thorsten Benner. Mit dem institutionellen (Nicht) Wandel des Sicherheitsrats beschäftigen sich Volker Rittberger und Heiko Baumgärtner. Die Notwendigkeit institutionellen Wandels sehen die Autoren in einer Reihe von Entwicklungen begründet: der Ausweitung des Sicherheitsbegriffs, dem damit einhergehenden Konzept der »menschlichen Sicherheit« (*human security*) beziehungsweise der *responsibility to protect* sowie dem normativen Wandel von Souveränität im Sinne einer Schutzverpflichtung für die eigene Bevölkerung. Nicht zuletzt gebiete die Rolle des Sicherheitsrats als »Weltexekutive« und zunehmend auch als »Weltlegislative« umfassende Reformschritte. Vor dem Hintergrund des rationalistischen Institutionalismus Keohanes und dem Ansatz des *institutional bargaining* wird das Scheitern der geplanten Erweiterung des Sicherheitsrats beleuchtet. Nach Oran Young unterscheiden Rittberger/Baumgärtner distributives von integrativem Bargaining. Bei Letzterem steht weniger die ausgeglichene Verteilung von Kosten und Nutzen eines Reformvorhabens im Vor-

dergrund, als vielmehr das Erzielen gemeinschaftlicher Lösungen. Möglich werde ein integrativer Verhandlungsprozess in erster Linie dann, wenn die Beteiligten nicht vollkommen über die Konsequenzen – also Kosten und Nutzen – einer Reform informiert sind. Vor diesem »Schleier der Ungewissheit« sei nicht restlos klar, wer zu den relativen Verlierern beziehungsweise Gewinnern der Reform zählt, also lasse sich auch eher eine Einigung erzielen.

Neben dieser grundsätzlichen Beschreibung eines Bargaining-Prozesses führen die Autoren eine Reihe weiterer Indikatoren für den Erfolg oder Misserfolg eines Reformvorhabens an, wie etwa externe Schocks, die eine Art Einigungszwang von außen ausüben. Nach dem gescheiterten Versuch institutionellen Wandels – die Erweiterung des Sicherheitsrats um ständige Mitglieder – fordern die Autoren, vorerst mehr Augenmerk auf eine Veränderung der internen Organisationsformen und die Stärkung informeller Regelungsmechanismen im Sicherheitsrat zu legen. Über diesen Umweg soll institutioneller Wandel zumindest in Zukunft ermöglicht werden. Hier bleiben die Autoren teilweise hinter den selbst geweckten Ansprüchen an eine Reform des Sicherheitsrats zurück: Aus den eingangs skizzierten Entwicklungen wird klar, dass eine Reform des Sicherheitsrats weit über eine verbesserte Entscheidungsfindung *innerhalb der gegebenen Strukturen* hinausgehen müsste. Andererseits finden sich Vorschläge, die – würden sie eine Chance auf Umsetzung haben – sehr wohl auf einen institutionellen oder sogar konstitutionellen Wandel hinauslaufen,

etwa die Forderung, zivilgesellschaftliche Akteure in den Entscheidungsprozess des Sicherheitsrats einzubinden oder Modifikationen beim Vetorecht der ständigen Mitglieder im Sinne einer besseren Entscheidungsfindung vorzunehmen. Wie das allerdings – an den konstitutionellen Hürden vorbei – möglich sein soll, bleibt offen.

Nach den zentralen Organisationsfragen wendet sich der Sammelband dem Thema Friedenssicherung zu, einem der Kernaufgabenfelder der Vereinten Nationen. Oliver Dörr liefert eine lesenswerte Bestandsaufnahme zum Gewaltverbot. Den Weg der Herausbildung einer neuen sicherheitspolitischen und völkerrechtlichen Norm, der bereits angesprochenen *responsibility to protect*, zeichnet Manuel Fröhlich nach: Nach den Geschehnissen in Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien mahnte nicht nur UN-Generalsekretär Kofi Annan eine »Verantwortung zum Schutz« ein. Auch eine Reihe von Positionspapieren und Kommissionen, etwa in Schweden oder den USA, setzte sich mit dem Thema auseinander. Unter kanadisch-australischem Vorsitz tagte schließlich die International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS). Der Kommissionsbericht vom Dezember 2001 stellt den Schutz der Menschen in den Mittelpunkt staatlicher sowie internationaler Politik. Darin spiegelt sich die Neudefinition des Begriffs staatlicher Souveränität wider: Sie muss sich an der Souveränität der durch den Staat zu beschützenden Individuen messen. Kann der Staat diese »primäre Verantwortung« nicht wahrnehmen, habe die internationale Gemeinschaft einzuspringen.

Es geht also nicht um ein wie auch immer geartetes Recht auf Intervention, sondern um eine Pflicht der Staatengemeinschaft. Die militärische Option wird an eine Reihe von Prinzipien geknüpft, die sich als »zutiefst verankert in der Denkfigur des gerechten Krieges« erweisen – mit allen konzeptionellen Problemen, denen auch die Lehre vom gerechten Krieg seit dem Mittelalter ausgesetzt ist, wie Fröhlich festhält.

Der ICISS-Bericht trat rund um die Ereignisse des 11. September 2001 in den Hintergrund, nichtsdestoweniger fand die neue völkerrechtliche Norm der *responsibility to protect* in der einen oder anderen Formulierung ihren Weg in die Reformberichte der Vereinten Nationen bis hin zum Schlussdokument des Weltgipfels 2005. Akribisch zeigt der Autor auf, zu welchen Kompromissen der »Kampf um Worte« geführt hat. Auch die nach wie vor vorhandenen Lücken des Konzepts werden nicht ausgespart: die Vorbehalte vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, bindende Einschränkungen ihrer politischen und rechtlichen Kompetenzen anzuerkennen; die Gefahr einer Instrumentalisierung durch unilaterale oder nicht vom Sicherheitsrat autorisierte Interventionen; das immer noch ungelöste Spannungsverhältnis zwischen Nichteinmischung, kollektiver Gewaltanwendung und individueller wie kollektiver Selbstverteidigung. Immerhin, das Spannungsverhältnis stehe in einem neuen Kontext und auf einer neuen Ebene, so Fröhlich.

Teil IV des Sammelbandes, der hier ausgespart bleibt, widmet sich Aspekten aus den Bereichen Entwicklung und

Umwelt. Der abschließende Teil V versteht sich als Ausblick: Fünf Beiträge behandeln die Perspektiven der UN-Reform. In gewohnter – und ernüchternder – Klarheit analysiert Manfred Knapp »Probleme und offene Fragen der UN-Reform«. Der Beitrag ist ein Rückblick auf die Reformdebatte der letzten zehn Jahre. Seine Bilanz fällt kritisch aus: Die Reform der UN sei ein schwer lösbares »Dauerproblem der internationalen Staatengemeinschaft«. Von den meisten Reformvorschlägen blieb nicht viel mehr als unverbindliche Erklärungen. Eine »große« Reform, verstanden als signifikante Veränderung bei den im UN-Gründungsvertrag überwiesenen Aufgaben und Zielsetzungen sowie der im UN-System inhärenten Machtkonstellation, ist ausgeblieben. Sie müsste zwangsläufig durch eine Revision der Charta vollzogen werden. Sehr wohl macht der Autor zahlreiche »kleine« Reformen in der über sechzigjährigen Geschichte der UN aus, im administrativ-institutionellen Bereich ebenso wie bei Aufgaben- und Handlungsfeldern der Organisation. Hier sind vor allem die Entwicklungen im Bereich der Friedenssicherung zu nennen. Die prinzipielle Reformfähigkeit der UN zeigte sich auch in der Verabschiedung von Resolution 688 vom 5. April 1991 durch den Sicherheitsrat. Vor dem Hintergrund des zweiten Irakkriegs wurde Abschied genommen vom unbedingten Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates zugunsten einer Intervention der Staatengemeinschaft – die Grundlage für die neue völkerrechtliche Norm der *responsibility to protect* im oben beschriebenen Sinn. Als »treibende Kraft« hinter den jüngeren UN-Reformbe-

mühungen sieht Knapp UN-Generalsekretär Kofi Annan. Ihm werden Reformen im Verwaltungsapparat zugeschrieben, vor allem im UN-Sekretariat. Im Mittelpunkt stand und steht die bessere Koordinierung der einzelnen UN-Programme. Auch die Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele fand unter Annans Ägide statt.

Knapp hinterlässt mit seinem Beitrag einen nüchternen, aber dennoch positiven Nachgeschmack. Einer großen Reform der UN stehen gravierende Hindernisse im Weg: die satzungsgemäße Starrheit der Charta, die unterschiedlichen Reformvorstellungen und Interessenlagen einflussreicher Mitgliedstaaten und vor allem die immer größer werdende Diskrepanz zwischen Aufgabenfülle und Leistungsvermögen einer Weltorganisation. Allein, wie realistisch ist die stillschweigende Erwartung an große Reformen, »dass eine grundlegend reformierte UN wesentlich besser als die alte Organisation die Fülle der Aufgaben bewältigen« kann? Die Reform des UN-Systems sollte also vielmehr als langwieriger, ergebnisoffener Prozess verstanden werden, denn als die oft geforderte »umfassende Reform an Haupt und Gliedern«.

Der Sammelband gibt einen kompakten Überblick über die Vereinten Nationen in den letzten zehn, fünfzehn Jahren, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Reformbemühungen werden ebenso aufgezeigt wie Entwicklungen in teils neuen Aufgabenfeldern. Daraus abgeleitet werden Reformperspektiven; aus den Fehlern der Vergangenheit soll gelernt werden.

Nora Prean

Hector Avalos, *Fighting Words. The Origins of Religious Violence*, New York (Prometheus Books) 2005.

Wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema »Religion und Gewalt« sind Legion. Den klassischen religions- und kulturwissenschaftlichen Analysen zur Fragestellung, ob Religionen ein inhärentes Gewaltpotenzial aufweisen, folgen immer mehr auch sozialwissenschaftliche, spezifisch politikwissenschaftliche Studien. Hector Avalos, Professor für Religious Studies an der Iowa State University, geschäftsführender Direktor des »Committee for the Scientific Examination of Religion« und ehemaliger Herausgeber des »Journal for the Critical Study of Religion«, folgt mit seinem Werk »Fighting Words. The Origins of Religious Violence« der »Welle« der jüngsten Publikationen zum Thema. Am Beispiel von René Girard und Walter Burkert (beide 1973) kann aber exemplarisch nachvollzogen werden, dass es bereits seit längerem eine systematische Aufarbeitung dieses Themas gibt. Was den Studien jedoch fehlt, ist der kleinste gemeinsame Nenner und die systematische Einbindung in die Politikwissenschaft.

Avalos stellt sich gegen den (zwar durchaus kontroversen, aber dennoch vorherrschenden) Mainstream-Standpunkt, welcher das inhärente Konflikt- und Gewaltpotenzial von Religion bestreitet. Avalos Anliegen ist die Beantwortung der Fragen »wie« und »warum« Religionen Gewalt verursachen. Seine zentralen Thesen besagen, dass Gewalt aufgrund knapper Güter (scarce resources) auftritt, egal ob immanenter oder transzendenter Natur, und dass, wenn Religion

Gewalt verursacht, dies darauf zurückzuführen ist, dass Religion neue knappe Güter kreiert. Diese sind: access to divine communications, particularly through inscription, sacred space, group privileging und salvation.

Avalos ist in seinem Denken, was er auch selbst betont, von Regina Schwartzs wegweisendem Werk auf diesem Sektor »The Curse of Cain: The Violent Legacy of Monotheism« (1997) beeinflusst. Anders als Schwartz geht Avalos aber davon aus, dass alle Religionen, nicht nur die monotheistischen – in seinem hier vorliegenden Buch werden allerdings ebenfalls nur die monotheistischen (oder abrahamitischen) behandelt – ein inhärentes Gewaltpotenzial aufweisen.

Ganz der klassischen abendländischen Aufklärung verhaftet, geht Avalos zunächst davon aus, dass alle Weltanschauungen, auch die, die einen pluralistischen Charakter aufweisen oder für sich beanspruchen, über einen hegemonalen Impetus verfügen. Davon ausgehend, dass die antiken Denker die sozialen Effekte des Glaubens an die Götter nicht problematisiert haben, und die vormodernen Denker übersahen, dass Religion knappe Güter produziert, widmet sich Avalos ausgiebig den modernen Theorien zum Thema Religion und Gewalt. Er stellt dabei eine Fülle von Theorien aus nahezu allen relevanten wissenschaftlichen Disziplinen vor, von historischen über theologischen bis hin zu biologischen und anthropologischen. Es gelingt ihm, einen guten Überblick über die wesentlichsten Arbeiten und die relevante Literatur zum Thema zu geben.

Detailliert werden die drei abrahamitischen Religionen (Christentum, Judentum und Islam) auf ihr Gewaltpotenzial hin überprüft und anschließend ein Überblick über deren »akademische Verteidigung« gegeben. Dabei äußert sich Avalos teilweise auch leicht überheblich gegenüber anderen, bereits etablierten Ansätzen über den Zusammenhang von Religion und Gewalt, wie zum Beispiel gegenüber Girards Theorie der Mimesis. Neben den Religionen wird auch »säkulare Gewalt« wie der Holocaust, Stalinismus sowie generell der »Nationalstaat und Gewalt« behandelt. Wobei aber hinzugefügt werden muss, dass gerade auch die säkulare Gewalt oft religiöse Aspekte aufweist. Am Beispiel des modernen Nationalstaates demonstriert Avalos die Gültigkeit seiner Thesen der knappen Güter auch für den säkularen Bereich. Denn auch der Nationalstaat produziert und verbraucht diese (z.B. Wasser) und ruft dadurch unweigerlich Konflikte hervor. Nichtsdestoweniger ist für Avalos religiöse Gewalt bzw. Gewalt im Namen der Religion unmoralischer als die säkulare. Seine Begründung dafür ist simpel: Was (in der Immanenz) existiert, ist mehr wert als das, was nicht existiert. Das menschliche Leben existiert und darum ist das Leben wertvoller als das, was nicht objektiv feststellbar existiert (wie etwa ein höheres Wesen).

Als Lösung der Probleme (namentlich Gewalt), welche durch Religion verursacht werden, bietet Avalos zwei – allerdings utopische – Möglichkeiten an: erstens die Beibehaltung der Religion unter der Voraussetzung, dass sie »modifiziert« wird, sodass keine knappen Güter mehr produziert werden,

oder zweitens die Religion völlig aus dem menschlichen Leben zu verbannen. Er gesteht aber zu, dass keine dieser Lösungen völlig möglich sein wird, und plädiert angesichts dessen für eine »Minimierung« von Religion. Ein, wenn nicht das gewichtigste, Beispiel dafür: Avalos geht davon aus, dass kein Grund besteht, die (christliche) Nächstenliebe (agape/caritas) religiös zu interpretieren. Im Gegenteil, für Avalos ist das christliche Konzept der Nächstenliebe keine Antwort auf die heute existierende Gewalt. Vielmehr ist die christliche Nächstenliebe eine neue Quelle von knappen Gütern und produziert daher wiederum Gewalt.

Zum Schluss geht Avalos auf ein konkretes Beispiel im Zusammenhang von Religion und Gewalt ein: Außen- und internationale Politik aufgrund religiöser Aspekte oder Ansichten sind für ihn wegen der vorhandenen Konflikte im Diesseits nicht vertretbar. Der amerikanischen Administration unter Bush bescheinigt er eine Außenpolitik unter religiösen Aspekten und bemerkt gleichzeitig, dass diese Administration sehr wenig über Religion weiß und dementsprechend agiert, vor allem aber auch reagiert.

Hector Avalos Buch ist eines, das man kennen sollte. Er fragt zu Recht, ob es wert ist, »heilige Schriften« besonders zu privilegieren. Obwohl nicht all seinen Thesen und Argumenten zugestimmt werden muss, führt er doch schlüssig das inhärente Gewaltpotenzial von Religionen vor Augen. Zu bedenken bleibt aber, und das vernachlässigt Avalos, dass Religion in der Regel im Zusammenhang mit säkularen Begebenheiten und Konflikten gewalttätig wird. Gerade dieser Aspekt

würde sich gut mit Avalos Theorie der »knappen Güter« vereinbaren lassen und weitere Untersuchungen rechtfertigen.

Jodok Troy

Jimmy Carter, Unsere gefährdeten Werte: Amerikas moralische Krise, München Zürich (Pendo Verlag) 2006.

Jimmy Carter, 39. US-Präsident und Friedensnobelpreisträger, bietet in seinem neuesten Buch eine umfassende Analyse der moralischen Krise Amerikas. Er tut dies vor dem Hintergrund seiner persönlichen Werte, welche zum Großteil christlich begründet sind. Eine seiner größten Sorgen ist hierbei der in den letzten Jahren zunehmende religiöse Fundamentalismus und die damit einhergehende Verflechtung zwischen Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten, welche sich etwa in Fragen der Abtreibung, Homosexualität und Todesstrafe oder der Leugnung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse widerspiegelt. Neben diesen innenpolitischen Beobachtungen widmet sich Carter jedoch auch der amerikanischen Außenpolitik, indem er die Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Terrorbekämpfung sowie die militärische Aufrüstung und Atomwaffenverbreitung scharf kritisiert und sich für diplomatische Lösungen anstelle von Präventivkriegen ausspricht. Neben der Verantwortung Amerikas als Förderer und Vermittler des internationalen Friedens plädiert er außerdem für eine Vorbildfunktion des Landes im globalen Umwelt- und Ressourcenschutz.

Das Buch hat einen klaren und gut strukturierten Aufbau. Zuerst gibt es einige allgemeinere Kapitel, die der Orientierung des Lesers dienen und ihm den Einstieg in das Thema erleichtern. So werden, nach einer präzisen und eine gute inhaltliche Übersicht verschaffenden Einleitung, im ersten Kapitel die größten Kontroversen, aber auch einheitliche Überzeugungen innerhalb Amerikas dargestellt. Da Carter hier bereits häufig auf der Basis seiner christlichen Werte und Überzeugungen argumentiert, gibt er dem Leser – damit dieser »meine Glaubwürdigkeit besser einschätzen und die Gründe für meine Urteile besser verstehen« (S. 21) kann – im folgenden Kapitel einen umfassenden Überblick über seine persönlichen Wertevorstellungen und religiösen Überzeugungen. Hierbei vermittelt er mehrfach mit klarer Deutlichkeit, dass er zwar gläubiger Baptist ist und aus dieser Überzeugung auch seine moralischen Werte ableitet, jedoch auch, dass er stets eine klare Trennung von religiösem Glauben und politischen Entscheidungen befürwortet und praktiziert hat. Anschließend befasst er sich mit dem wachsenden radikal-religiösen Fundamentalismus in Amerika und der Welt und liefert hierfür anhand einiger Charakteristika eine klärende Definition, die sich zusammengefasst aus »Unnachgiebigkeit, Herrschaft und Isolation« (S. 38) zusammensetzt. Nachdem er kurz – und großteils anhand von persönlichen Erfahrungen – auf die wachsenden Konflikte unter den Gläubigen auf der Welt eingeht, wendet er sich den Vereinigten Staaten zu, indem er den hartnäckigen Streit über den Widerspruch zwischen Religion und Naturwissenschaft diskutiert.

Dieser ist, neben anderen Dingen, die im folgenden Kapitel genauer erörtert werden, für ihn ein beunruhigendes Zeichen der Verflechtung von Kirche und Staat. Carter betont, »wer ein politisches Amt innehat, muss sich der Tatsache stellen, dass es einen feinen, aber wichtigen Unterschied gibt zwischen der praktischen Anwendung der hohen Ideale des Glaubens und einer öffentlichen Pflicht« (S. 58). So sind für ihn zum Beispiel »glaubensbasierte Gesetzesinitiativen« zur staatlichen Finanzierung von religiösen Gruppierungen (S. 61) schlichtweg inakzeptabel.

Die nächsten Kapitel des Buches befassen sich mit verschiedenen Maßnahmen der aktuellen amerikanischen Regierung im Bereich der Innenpolitik. Hier werden Themen wie Scheidung und Homosexualität, Abtreibung, Todesstrafe und die Rolle der Frau diskutiert. Wie erwartet wird in diesen Bereichen auf sehr religiöser Ebene argumentiert, und Carter stützt sich bei seinen Auslegungen häufig auf die Bibel. Dennoch bleiben seine Schlussfolgerungen glaubwürdig und vertretbar, da er auf diese Weise die vorherrschende und häufig religiös begründete Doppelmoral Amerikas besonders gut zum Vorschein bringt: Zum Beispiel bemerkt er im Rahmen der Diskussion um Abtreibung und Todesstrafe schon beinahe ironisch, dass »paradoxiereise [...] manche von denen, die mikroskopisch kleine Stammzellen leidenschaftlich schützen wollen, zu den glühendsten Befürwortern der Todesstrafe« gehören (S. 77). Anschließend folgt ein Kapitel zum Fundamentalismus in der amerikanischen Regierung, welcher sich sowohl in innen- als

auch in außenpolitischen Maßnahmen widerspiegelt. Carter stellt dabei besorgt fest, dass dieses Phänomen zur Entstehung von »tiefen und zunehmend verstörenden Brüchen in unserem Volk« (S. 98) geführt hat, und appelliert an die amerikanischen Bürger, dieser Herausforderung zu begegnen. Obwohl Carter das Thema schon zuvor angesprochen hat, ist dieses zusammenfassende Kapitel sinnvoll, da es seine Gedanken hierzu – seiner größten Sorge in »Amerikas moralischer Krise« – noch einmal gesammelt auf den Punkt bringt. Auch bildet dieser Teil den Übergang zur amerikanischen Außenpolitik, mit der sich die folgenden Kapitel des Buches befassen. So werden zum Beispiel die Neokonservativen, die »die aggressive, unilaterale außenpolitische Einmischung gutheißen« und »offensichtlich entschlossen [sind], die amerikanische Vorherrschaft weltweit durchzusetzen«, indem sie beispielsweise »einen Präventivkrieg als gangbaren Weg, dieses imperialistische Ziel zu erreichen« billigen (S. 96f.), für ihre Zielsetzungen und Methoden scharf kritisiert.

Die nachfolgenden Kapitel behandeln verschiedene Bereiche der amerikanischen Außenpolitik: den Kampf gegen den Terrorismus, Schutz der amerikanischen Waffenarsenale und die Verbreitung von Atomwaffen, sowie die Frage nach einer Botschaft des Friedens oder eines Präventivkrieges. Zudem wird Amerikas Rolle bei globalen Problemen, wie dem Schutz der Umwelt oder der Entwicklungshilfe, diskutiert. Carter stellt fest, dass ein gravierendes Problem in den meisten dieser Bereiche wiederum der Umschwung zu

einer fundamentalistischen Anschauung ist. Diese führt dazu, dass an ein »einzigartiges Verhältnis zu Gott« geglaubt wird und demnach jeder, der eine andere Meinung vertritt, im Unrecht sein muss. Dies spiegelt sich bei der aktuellen Regierung unter anderem in der Abneigung, mit Gegnern wie Nordkorea oder Syrien zu verhandeln, wider, was auf beiden Seiten zu verhärteten Positionen, Misstrauen und Feindlichkeit führt. Der nächste Schritt in dieser Denkweise sei, so Carter, andersgläubige Menschen als minderwertig anzusehen und sie im Extremfall sogar zu »Untermenschen« werden zu lassen, »deren Leben kaum von Bedeutung ist« (ibid.). Solche Ansichten rechtfertigten dann auch extreme Menschenrechtsverletzungen, wie sie im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere in Guantánamo oder Abu Ghraib, auftreten. Neben dieser Abkehr vom internationalen Recht, welche für Carter als Menschenrechtsverfechter ein besonderes Problem darstellt, werden auch Maßnahmen wie der Patriot Act scharf kritisiert. Er macht jedoch auch hier wieder deutlich, dass »nur das amerikanische Volk [...] unsere Regierung wieder auf den Weg der rechtlichen, religiösen und politischen Verpflichtung auf diese alten, ehernen moralischen Grundsätze zurückbringen« kann (S. 130). Generell stellt Carter fest, dass die amerikanische Regierung in vielen Bereichen der Außenpolitik, so auch im Bemühen um internationalen Frieden (bspw. im Nahen Osten) oder der Atomwaffenkontrolle, von den Grundsätzen jeder vorherigen Regierung abweicht, und Pfade eingeschlagen werden, die in weltweiten, gravierenden Konsequenzen resultieren (S. 135), wenn man Ameri-

kas Vorbildfunktion – positiv wie negativ – in der Welt beachtet. Falsche Botschaften werden ausgesandt, wie etwa diverse Verstöße gegen internationale Abkommen, die »bislang einmalige Strategie des Präventivkrieges«, oder dem verantwortungslosen Umgang mit Umwelt- und Klimaschutz. Nach einer Erörterung der fehlgeleiteten amerikanischen Entwicklungspolitik und mangelnden – bzw. durch die Bush-Administration eingeschränkten – sozialen Absicherungen im eigenen Land, stellt Carter in einem abschließenden Kapitel die Frage nach den notwendigen Charakteristika einer Supermacht: »Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Demut, Menschenrechte, Großzügigkeit und das Eintreten für moralische Werte« (S. 192). Hierbei kommt er zu dem Schluss, dass die Amerikaner zu Recht stolz auf ihr Land sind, da es in der Tat die Grundlagen bietet, die eine Supermacht zu erfüllen hat und es daher »keinen Grund [gibt], warum unser Land nicht international ein Vorbild für diese Werte sein könnte« (ibid., Betonung hinzugefügt). Im Folgenden listet er auf, wie sich Amerika seiner moralischen Ansicht nach in der Welt verhalten *sollte*, und stellt zuletzt fest, dass eine solche Wandlung keiner »Opfer« bedarf, sondern in einer Steigerung des eigenen Wohlergehens resultieren würde.

Die spannende Mischung aus belegbaren Thesen und persönlichen Anekdoten machen Jimmy Carters Buch zu einer informativen wie unterhaltsamen Lektüre. Auch wenn man einen Großteil der moralischen und politischen »Verfehlungen« der aktuellen amerikanischen Regierung bereits aus den täglichen

Nachrichten kennt, lässt das komplette Ausmaß in dieser gesammelten Form den Leser doch häufig mit verständnislosem Kopfschütteln zurück. Hierbei stützt der Autor sich vor allem auf zwei Kritikpunkte, deren Auswirkungen sich durch die gesamte Bandbreite der amerikanischen Politik ziehen: der zunehmende religiöse Fundamentalismus in den amerikanischen Regierungskreisen und die damit verbundene wachsende Verflechtung von Kirche und Staat. Carter argumentiert in seinem Buch geschlossen und überzeugend, sodass der Leser am Ende kaum eine Wahl hat als ihm zuzustimmen, dass »diese Regierung [...] in der Tat eine radikale und freiwillige Abkehr von den Prinzipien aller vorhergehenden Regierungen vollzogen [hat], sowohl denen der Demokratischen wie denen der Republikanischen Partei«. Zudem ist das Buch gespickt mit mehr oder weniger direkten Appellen an das amerikanische Volk, eine entschiedener Position einzunehmen, um die Politik an ihre moralische Verantwortung zu erinnern. Es bleibt zu hoffen, dass die jüngsten Kongresswahlen in der Tat der erste Schritt zur Kehrtwende waren.

Juliane Kolsdorf

Martin Koopmann/Christian Lequesne (Hrsg.), Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand, Baden-Baden (Nomos) 2006.

»Ich wünsche mir einen »Ring von Freunden« um die Europäische Union und ihre engsten Nachbarn herum, von Marokko bis Russland und zum Schwarzen Meer.« Mit diesen

Worten kündigte der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi im Dezember 2002 ein neues Politikfeld der EU an: die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Ihre endgültige Ausgestaltung fand diese schließlich 2004 im so genannten »Strategiepapier« der Kommission.

Mit der ENP versucht die Union, sich aus ihrem Finalitätsdilemma zu befreien: Momentan will sie – neben den bereits vollzogenen und in Aussicht gestellten Beitritten (Rumänien, Bulgarien, Türkei, westlicher Balkan) – aus Sorge einer Überdehnung des europäischen Projekts keine weiteren Beitrittsperspektiven aussprechen. Trotzdem klopfen deutlich vernehmbar weitere Staaten an die Unionstür und wünschen eine engere Partnerschaft. Um diesen Ländern ein Surrogat für eine Mitgliedschaft zu geben, sie zu Reformen anzuhalten, und um einen stabilen Nachbarschaftsraum zu garantieren, etablierte die EU schließlich die ENP, die neben den osteuropäischen Ländern (Ukraine, Belarus, Moldova) auch die Staaten des Südkaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidschan) und die Mittelmeeranrainer umfasst und vorerst keine Beitrittsperspektive in Aussicht stellt. Die Ausgestaltung der ENP wirft unweigerlich elementare Fragen auf: Wie soll der »Ring von Freunden« institutionell ausgestaltet sein? Wo liegen die Grenzen der Union? Wird man auf Dauer die Beitrittsgesuche jener Länder, welche zumindest aus geographischer Sicht nach Art. 49 EUV der EU beitreten könnten (Ukraine, Moldova und ein politisch verändertes Belarus), mit der ENP umgehen können? Wie werden andere Akteure der internationalen Politik auf

den Gestaltungsanspruch der EU in Europa und Nordafrika reagieren?

Dieser Frage widmet sich der Sammelband »Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand«, der von Martin Koopmann, Referent für deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, und Christian Lequesne, Centre français de recherche en science sociales in Prag herausgegeben worden ist. Er stellt die Ergebnisse einer Expertenkonferenz vom Juni 2004 zusammen.

Der Sammelband teilt sich – nach einer kurzen Einleitung der Herausgeber und einem einführenden Artikel von Koopmann – in drei Teile: Zuerst werden die »Perspektiven der Nachbarschaft im Osten« beleuchtet (Beiträge von: Jiří Šedivý, Andrea Gawrich, Piotr Zalewski, Anne de Tinguy). Der folgende Abschnitt widmet sich dann dem südlichen Raum der Nachbarschaftspolitik und untersucht »Mögliche Formen der Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum« (mit Beiträgen von: Dorothee Schmid und Carlo Masala). Der letzte Teil schließlich zeigt die »Problemfelder einer künftigen Nachbarschaftspolitik« auf (mit Beiträgen von: Dov Lynch, Gilles Lepasant, Steffen Angenendt, Marie-Claude Maurel).

In seinem einleitenden Beitrag (»Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union: Herausforderungen und Probleme eines anspruchsvollen Politikkonzepts«) stellt Koopmann kurz und knapp das Konzept der ENP vor. So geht er in dem ersten Teil des Aufsatzes auf den geografischen

Anwendungsbereich und die Ziele und Instrumente ein. Im zweiten Teil stellt Koopmann verschiedene Forderungen an die ENP. So sieht er »eine klare Zieldefinition für einen Erfolg der Nachbarschaftspolitik« (24) als dringend notwendig an.

Die erklärte Absicht der ENP, nämlich neue Trennlinien in Europa zu vermeiden, sieht Koopmann als schwer zu erreichen an; er konstatiert, dass es unvermeidbar sei, »dass neue Trennlinien in Europa entstehen« (25). Vielmehr: »Sie [die Trennlinien, Anm. d. Verf.] existieren sogar bereits, selbst innerhalb der Staatengruppe, die in die ENP einbezogen ist« (25).

Aufgrund der bilateralen Ausgestaltung der ENP – es werden mit jedem einzelnen Partnerstaat Aktionspläne ausgehandelt – befürchtet Koopmann, dass die Union mit dem Druck jener Staaten konfrontiert wird, welche eine Beitrittsperspektive erreichen wollen, da die bilaterale Vorgehensweise der Logik der Erweiterungspolitik gleiche. Dem logisch folgend fordert er, dass sich die Nachbarschaft »zügig multilateralisieren« (27) müsse. Waren bis zu diesem Punkt Koopmanns Analysen und Bewertungen schlüssig und nachvollziehbar scheint er hier doch die Realitäten zu verkennen: Selbstverständlich wäre ein stärkerer regionaler Ansatz bei der ENP wünschenswert, aber wie soll dies beispielsweise bei den verfeindeten Ländern des Südkaukasus möglich sein? Ebenfalls hat der Barcelona-Prozess gezeigt, dass auch bei den Mittelmeerlandern der regionale Ansatz nicht von Erfolg gekrönt war. Der bilaterale Ansatz der ENP erscheint somit als eine notwendige Anerkennung der Realitäten.

Abschließend geht Koopmann noch auf die größte Schwachstelle der ENP ein: die fehlenden Anreize für Reformen. Da die EU nicht die Beitrittsperspektive anbieten will, steht sie unweigerlich vor der Frage, was man den Staaten sonst anbieten kann, um Transformations- und Reformprozesse zu unterstützen. Koopmann sieht hier zwei Möglichkeiten: zum einen eine finanzielle Unterstützung, welche an den Fortschritt von politischen Reformen gebunden ist; zum anderen »einen begrenzten Zugang zu einigen Teilen des Gemeinsamen Marktes« (29). Allerdings konzidiert Koopmann, dass die Beitrittsperspektive »der wirksamste Hebel der Außenpolitik« (29) der Union gewesen sei und somit die Frage nach den richtigen Anreizen eines der größten Probleme der ENP bleibe.

In dem Abschnitt über die Partnerländer im Osten geht Andrea Gawrich, wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politische Wissenschaft in Kiel, auf die Entwicklungen in der Ukraine und ihre Rolle in der ENP ein (»Orangene Träume von Europa – die EU und die Ukraine«). Am Anfang des Aufsatzes widmet sich Gawrich ausführlich den Ereignissen der orangenen Revolution. Danach wendet sie sich den EU-Ukraine Beziehungen und der ENP zu, wobei sie feststellt, dass die Ukraine nach der orangenen Revolution »zum Klassenbesten unter den ENP-Staaten avanciert« (54) sei. Darüber hinaus habe die Ukraine von allen Staaten die größten Chancen, »einen über die ENP hinausgehenden Status zu erlangen und doch noch irgendwann einen Wechsel in die Klasse der Aufnahmekandidaten zu erreichen« (54). Allerdings sei

dies nicht sehr wahrscheinlich. Damit stelle die Ukraine eine besondere Herausforderung für die ENP dar: »So bleibt die Ukrainepolitik der Lackmestest für das Gelingen der eigentlichen Idee der ENP, der Integration ohne Beitrittsperspektive« (60).

Im zweiten Teil des Bandes, der sich mit der Kooperation im Mittelmeerraum beschäftigt und leider nur zwei Artikel beinhaltet, sticht besonders der Beitrag von Carlo Masala, Research Advisor am Academic Research Branch des NATO Defense College in Rom hervor (»Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum und die USA«). Indem Masala der Frage nachgeht, wie sich die ENP im Mittelmeerraum auf die Beziehungen zwischen der EU und der USA, die in Nordafrika mit der Greater Middle East Initiative (GMEI) eigene Ordnungsvorstellungen verfolgt, auswirken wird, beschäftigt er sich mit einem in der Literatur zur Nachbarschaftspolitik bisher vernachlässigten Thema. Dies verleiht dem Beitrag eine besondere Brisanz.

Masala konstatiert, dass mit der GMEI der mediterrane Raum für die USA eine »sicherheitspolitische Bedeutung *sui generis*« (134) gewinne und die Region in den Mittelpunkt amerikanischer Ordnungspolitik rücke. Da die GMEI als »ein Konkurrenzprojekt zur ENP im Mittelmeerraum« (135) angesehen werden könne, betrachten die europäischen Staaten den Vorstoß der USA eher kritisch. Wie Masala feststellt, stehen sich die unterschiedlichen Strategien der beiden Akteure gegenüber: auf der einen Seite die Politik der USA, welche »im Wesentlichen durch den Einsatz von *Hard Power* dominiert« (135) werde und

der EU, welche hauptsächlich über zivile Mittel für einen wirtschaftlichen Wandel verfüge. Daher werde es in der Zukunft zwischen der USA und der EU in dem gemeinsamen Nachbarschaftsraum zu einer »pragmatischen Ad-hoc-Kooperation zwischen der EU und der USA« kommen, welche »Differenzen nur temporär überdeckt, sie jedoch nicht grundsätzlich beseitigt« (140).

In dem problemorientierten letzten Teil des Bandes widmet sich Dov Lynch, Senior Research Fellow, European Institute for Security Studies, der Frage nach der Bedeutung der ENP für eine Gemeinsame Außenpolitik (»Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die GASP: Ergänzung, Kohärenz, Duplizierung?«). Zunächst geht Lynch, wie andere Autoren in dem Band vor ihm, auf die Herausforderungen und die Probleme der ENP ein. Im Mittelpunkt steht auch für ihn das Dilemma einer Mitgliedschaftsperspektive: »Seit 1993 dreht

sich ›Außenpolitik‹ der EU um die Frage von Beitritt oder Nicht-Beitritt: Sobald sich der Beitritt für einen Nachbarstaat abzeichnete, konnte die Union ihm gegenüber eine wirkliche Politik betreiben; andernfalls war ihre Politik weiterhin fast inexistent« (147). Bei der Frage, inwiefern die ENP nun einen Ausweg aus dieser Lage weisen kann, ist das Urteil Lynchs vernichtend: »Insgesamt ist die ENP weder den Herausforderungen der Union gegenüber ihrer Nachbarschaft gewachsen noch der Aufgabe, aus der Union einen wahren strategischen und außenpolitischen Akteur zu machen« (159). Die ENP zeige deutliche Mängel und ihre Instrumente seien entweder »gut gemeint, aber wirkungslos« oder »vollkommen unangemessen« (159). Seiner Fragestellung entsprechend kommt Lynch zu dem niederschmetternden Fazit: »Gegenwärtig ist die Nachbarschaftspolitik noch keine Außenpolitik« (159).

Die Herausgeber legen mit ihren Sammelband den ersten deutschsprachigen Beitrag (nur zwei Artikel sind in englischer Sprache) zur Europäischen Nachbarschaftspolitik vor. Schon dies allein ist löblich. Darüber hinaus ist besonders die internationale Herkunft der verschiedenen Autoren hervorzuheben. Dem muss bei dem Thema Nachbarschaftspolitik eine besondere Bedeutung zugesprochen werden: Betrachten Forscher aus den südeuropäischen EU-Staaten vor allem die mediterrane Dimension der ENP, legen Politikwissenschaftler aus den nördlichen und östlichen Staaten Europas einseitig Wert auf den östlichen Nachbarschaftsraum. Durch die gute Auswahl verschiedener Autoren aus allen Forschungsbereichen sind die Herausgeber nicht in diese Falle getappt und haben es geschafft die ENP von allen Seiten zu beleuchten, auch wenn der Teil über die euro-mediterrane Kooperation mit nur zwei Artikeln recht dürftig ausfällt.

Lediglich einen fundierten Beitrag über die Länder des Südkaukasus vermisst man. Störend an dem Band ist, dass – obwohl bereits in der knappen aber sehr guten Einleitung von Koopmann auf entscheidende Probleme und Fragestellungen der ENP eingegangen wird – nahezu jeder Autor in seinen Einzelbeiträgen nochmals einführend die Leitgedanken der Nachbarschaftspolitik skizziert, und man somit gezwungen ist, einige Grundlagen mehrmals zu lesen. Inhaltlich besticht der Band dagegen durch die Qualität seiner Beiträge, der thematischen Breite (so gibt es auch Artikel über die Migrationspolitik und Energienetze) und schließlich durch das Konzept der Herausgeber, ein international bekanntes Autorenteam zusammenstellen. Ihr Ziel »einen Beitrag zum besseren Verständnis der Europäischen Nachbarschaftspolitik [zu] leisten« (15) haben sie damit auf jeden Fall erreicht.

Jan-Hendrik Lauer

AFK-Friedensschriften



Gerechtigkeit – Demokratie – Frieden

Eindämmung oder Eskalation von Gewalt?

Herausgegeben von Peter Imbusch

2007, ca. 350 S., brosch., ca. 29,- €, ISBN 978-3-8329-2748-6

(AFK-Friedensschriften, Bd. 33)

Erscheint Juni 2007

Der Band stellt die Frage nach den gewalteindämmenden oder gewaltfördernden Potenzialen von Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Von deren Durchsetzung wird eine nachhaltige Eindämmung der Gewalt erwartet. Die Ambivalenz der Konzepte offenbart jedoch auch ein beträchtliches Eskalationspotenzial.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei Nomos
☎ 07221/2104-37 | 📠 -43 | www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos